



Stagnation, Krisen oder verstärkte Integration in Europa

Europa ist in ein Weltganzes eingebettet, sodass auch die europäischen Entwicklungen mit dieser Perspektive analysiert werden müssen. In dieser Einleitung zum Jahrbuch geht es jedoch nur darum, einen Einstieg in die vielfältigen Problemstellungen in Europa und in der Europäischen Union zu finden. Anschliessend vertiefen die Autor*innen mit ihren Beiträgen verschiedene Themen.

Europa bis zum Ersten Weltkrieg

Grössere gesellschaftliche Umwälzungen ereignen sich häufig und sind mit vielfältigen Formen von Gewalt verbunden. Nehmen wir als Ausgangspunkt für Europa die Französische Revolution, die die alte Ordnung blutig wegfegte. Doch nach den napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongress rekonstituierte sich – mit Ausnahme der Schweiz – erneut eine monarchische Herrschaft. Gleichzeitig diskutierten Opponenten Ideen zu völkerübergreifenden Zusammenschlüssen und verwendeten beispielsweise bereits die Bezeichnung ›Vereinigte Staaten von Europa‹.

Ins 19. Jahrhundert fiel indessen der unaufhaltsame Aufstieg der Nationalstaaten mit dem britischen Imperium an der Spitze. Die Arbeiter*innenbewegung erstarkte ebenfalls und verbaute dem Kapital im Kampf um den Normalarbeitstag eine schrankenlose Ausbeutung. Im letzten Viertel des Jahrhunderts kam es zu einer beschleunigten Globalisierung, doch gleichzeitig zu einer intensiveren Konkurrenz der Nationalstaaten. Die Konflikte entluden sich – ausgehend von Europa – im Ersten Weltkrieg mit Millionen von Toten. Die Linke war wohl vornehmlich internationalistisch ausgerichtet, doch diese Orientierung zerfiel im Kriegsvorfeld, und schliesslich wurden auch die Arbeitnehmenden gezwungen, das patriarchal konnotierte Vaterland zu verteidigen. Der Nationalismus siegte über den Internationalismus.

Kurzes 20. Jahrhundert

Der britische Historiker Hobsbawm datiert das 20. Jahrhundert von

1914 bis 1989. Geprägt war es einerseits von zwei Weltkriegen, andererseits von der russischen und später der chinesischen Revoluti-

Roland Herzog

Ökonom und Soziologe, ehemaliger Leiter der Unia-Sektion Bern.



on. Die globale Dominanz Grossbritanniens gelangte an ihr Ende und wurde vom amerikanischen Jahrhundert abgelöst. Zur Abwehr revolutionärer Bestrebungen sowie zur Überwindung wirtschaftlicher und sozialer Instabilitäten dienten keynesianische Reformen; immer wieder wurden aber auch autoritäre Strategien angewendet, und im Extremfall brach der menschenverachtende Faschismus durch. Nachdem dieser mit seinem Anspruch auf die Weltherrschaft besiegt war, stellte sich in der Nachkriegszeit in den Industriestaaten eine Prosperitätsphase ein, die – als Fordismus bezeichnet – einen gewissen Klassenkompromiss etablierte, ohne jedoch die Geschlechterhierarchie aufzuheben oder ökologische Verantwortung wahrzunehmen.

Dieser eingeschränkte Kompromiss wurde in den 1970er Jahren aufgekündigt, und der Aufstieg des Neoliberalismus setzte ein. Zudem liesen sich die inneren Widersprüche der Sowjetunion nicht mehr länger überdecken, und in kürzester Zeit vollzog sich eine gesellschaftliche Implosion. Damit reduzierte sich 1989 der West-Ost-Gegensatz, und spezifisch kapitalistische Verhältnisse, die sowohl in der Sowjetunion als auch in China bereits bestanden hatten, konnten sich neu entfalten. Ganz offensichtlich führte dies aber zu keinem Ende der Geschichte in Sinne von Fukuyama, denn weder bildeten sich liberale Demokratien heraus, noch sind diese stabil, vor allem aber auch kein Endzustand.

Die Nachkriegszeit

Bereits in den 1920er Jahren wurde wieder über neue Zusammenschlüsse in Europa debattiert, genauso wie während des Zweiten Weltkrieges. Hierbei ist das Manifest von Ventotene¹ von grosser Bedeutung, an das sich noch heute anknüpfen lässt. Im Vordergrund standen allerdings ab 1945 der ökonomische Wiederaufbau und das Verhindern von Kriegen. Bis in die 1990er Jahre gelang das zwar in Europa, nicht aber weltweit. Aufstände gegen die sowjetische Herrschaft fanden in der DDR, in Ungarn und in der Tschechoslowakei statt. Im westlichen wie im östlichen Europa lässt sich seit dem grossen Verwüstungskrieg eine separierte ökonomische und politische Integration vermerken. Gesprochen wurde von einer Systemkonkurrenz. Oberflächlich betrachtet, standen sich verbundene, mehr oder weniger soziale Marktwirtschaften und autoritäre sozialistische Staatssysteme gegenüber.

Im westlichen Europa wurde die Friedenssicherung betont und 1951 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Ein entsprechender gemeinsamer Markt sollte nach dem Schuman-Plan einer übergeordneten Behörde unterstellt werden, sodass ein Krieg



in Zukunft verunmöglicht, Deutschland aber auch wieder als gleichberechtigter Staat integriert würde. In der Folge scheiterte jedoch der Vorschlag einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, sodass allein die wirtschaftliche Integration priorisiert wurde. Allerdings konnte erwartet werden, dass eine wirtschaftliche Vereinigung zwangsläufig den Druck steigern würde, einige Politikbereiche zu vergemeinschaften, was dann mindestens teilweise der Fall war.

Von der EWG zur EU

1958 entstanden mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft. Gut sieben Jahre später erfolgte eine Fusion der bestehenden Verträge zu den Europäischen Gemeinschaften (EG), die als zentrale Institutionen die Europäische Kommission, den Ministerrat, ein Parlament und einen Europäischen Gerichtshof vorsah. Problematisch war das Fällen von Entscheidungen, was wegen Frankreich zu einer Krise führte, die mit der Vermeidung von Mehrheitsbeschlüssen überwunden werden konnte.

Als Reaktion auf die Gründung der EWG formierte sich unter Führung Grossbritanniens die Europäische Freihandelszone EFTA, der sich neben anderen europäischen Ländern auch die Schweiz anschloss. Hier fanden sich jene Staaten, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit wünschten, denen die Integrationsbemühungen der EWG jedoch zu weit gingen. 1972 wurde das Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und der EWG abgeschlossen, das für die Schweiz bis 2002, als das bilaterale Abkommen in Kraft trat, die Grundlage für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU blieb.

Mit der EWG entstand ein Binnenmarkt für den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen sowie Personen und Kapital. Weil diese Zielsetzung sich auf ganz Westeuropa ausrichtete, war die Integration weiterer Nationalstaaten wichtig. Sie alle verfügten über eigene Währungen, was einerseits die Transaktionskosten erhöhte, andererseits zu Konflikten in einer höchst problematisch gewordenen Weltwährungsordnung führte. Diese basierte, 1944 in Bretton Woods festgelegt, auf einer Bindung des US-Dollars an Gold, was angesichts immer höherer Dollarbestände in Europa nicht mehr durchzuhalten war. Der luxemburgische Premierminister Werner schlug deshalb auf dem EG-Gipfel von Den Haag (1969) eine eigenständige europäische Währungsunion vor, die bis 1980 umgesetzt werden sollte. Eine Koordinierungspolitik in der Ökonomie mit europäischem Geld und Kredit sowie in Struktur- und Regionalfragen war angedacht, liess sich jedoch nicht planmässig umsetzen. Für das Scheitern der Initiative verantwortlich war hauptsächlich



die damalige Wirtschaftskrise wegen des Erdölpreis-Schocks. Mit der Einführung eines Systems fester Wechselkurse zwischen den damals neun² EG-Mitgliedern erfolgte dennoch ein kleiner Integrationsfortschritt.³ Stabilere Wechselkurse waren freilich nur ein Element. Demgegenüber beschleunigte sich die Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Bis 1986 traten Griechenland, Spanien und Portugal bei. Probleme gab es im Vereinigten Königreich, sodass die Labour-Regierung 1975 das Volk über den Austritt abstimmen liess. Dieses sagte – im Gegensatz zu 2016 – nein. 1982 verliess Grönland, ein autonomes Gebiet von Dänemark, nach einer Abstimmung seiner autochthonen Bewohner*innen die EG und ist zurzeit ›assoziertes überseeisches Land‹ der EU.

Die Entstehung der heutigen EU

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung ergab sich in Europa – unter Einschluss von Russland – eine vollständig neue politische und ökonomische Konstellation. Wie sich diese entwickeln würde, war unklar, doch die Achse Deutschland-Frankreich als Kern der EG funktionierte, symbolisiert durch ein linkisches Hand-in-Hand zwischen Mitterrand und Kohl. Es war allerdings Jacques Delors, der sozialdemokratische Kommissionspräsident, der die Grundzüge der neuen europäischen Architektur entwarf. Fixiert wurden sie im Vertrag von Maastricht, der am 1. November 1993 in Kraft trat. Damit liess sich eine Stagnationsphase überwinden, die häufig salopp als »Eurosclerosis« betitelt wurde.

Der Vertrag von Maastricht umschliesst drei Pfeiler: Im ersten geht es um die Europäischen Gemeinschaften, also um die wesentlichen Bereiche der Integration und des Binnenmarktprojektes. Von daher transformierte sich die Pluralität der Europäischen Gemeinschaften zum Singular der Europäischen Gemeinschaft, was seit 2009 als ›Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union‹ geführt wird. Hier gilt vorwiegend das Mehrheitsprinzip. In der Aussen- und Sicherheitspolitik (Pfeiler 2) sowie im Bereich Justiz und Inneres (Pfeiler 3) muss wegen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit Einstimmigkeit beschlossen werden. Eingeführt werden sollte nun endlich eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Mit der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Jahr 1998 und dem Euro als Buchgeld ab 1.1.1999 wurde diese konkretisiert. Zu Beginn des Jahres 2002 fungierte der Euro auch als Bargeld, wobei ihn nicht alle EU-Mitgliedstaaten übernahmen. Mit der EU und dem Vertrag von Maastricht wurde ein ›Mehr Europa‹ angestrebt, und daher sollten die territorialen Erweiterungen vorangebracht werden.



Delors hatte beabsichtigt, parallel zur Durchsetzung des Binnenmarktes mit den wirtschaftsliberalen »vier Freiheiten«, über eine Sozialunion als viertem Pfeiler des Maastricht-Prozesses dem verschärften Wettbewerbsdruck des Binnenmarktes etwas entgegenzuhalten. Ein eindrückliches Programm von 29 Rechtsakten lag vor, das diverse soziale Mindestnormen und Harmonisierungen beinhaltete. Das von den Mitgliedstaaten (ohne Grossbritannien)⁴ schliesslich angenommene Sozialprotokoll enthielt nur noch 16 Neuerungen, so etwa eine Stärkung der Sozialpartnerschaft und das Mehrheitsprinzip in diversen Sozialbereichen. Einige Fortschritte realisierten sich in der Folge, zum Beispiel in Sachen Mitbestimmung (Europäische Betriebsräte), Festsetzen gemeinsamer Mindeststandards bei der Arbeitszeit oder Elternurlaub. Die europäische Entsenderichtlinie zur Vorbeugung des Lohndumpings wurde damals ebenfalls verabschiedet. Dennoch blieb die soziale Dimension, die teilweise mit der sogenannten »Swisslex« Eingang in die Schweizer Arbeitsgesetzgebung fand, Stückwerk. Sie konnte mit den neuen Bedingungen des Binnenmarktes und später der WWU nicht mithalten. Deren sehr strikten Kriterien bezüglich Budgeteinhaltung und Verschuldung konnte nie etwas Adäquates für die soziale Mindestsicherung und gegen Lohndumping entgegengesetzt werden.

Die Kriege in Ex-Jugoslawien von 1991 bis 1999 sowie der Aufstand in Mazedonien 2001 stellten für die EU eine erste grosse Bewährungsprobe dar, wobei sie freilich versagte. Danach erweiterte sich die Union – nach dem Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden 1995 – in zwei zusätzlichen Schüben: 2004 die sogenannte Osterweiterung, in der – im Einklang mit einer Nato-Erweiterung – Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn sowie Malta und die Republik Zypern beitraten. 2007 folgten Bulgarien und Rumänien, 2013 als Nachzügler Kroatien.

Die Jahre von 1992 bis 2005 können zu Recht als längere Aufschwungsphase des Integrationsprozesses bezeichnet werden. In dieser Zeit wurde sogar eine eigentliche Verfassung entworfen und zur Diskussion gestellt. Der neue Meilenstein einer Union von nunmehr 25 Nationalstaaten initiierte wohl viele spannende Debatten, doch Referenden in Frankreich und den Niederlanden, in denen die neue EU-Charta abgelehnt wurde, setzten der Verfassungsgebung ein jähes Ende. Auch wenn im Vertrag von Lissabon (2007) versucht wurde, Inhalte des Verfassungsvorschlages zu inkorporieren, fehlt diese weitergehende Legitimation bis heute. Das ist ein Riesenproblem der EU und bedeutet, dass die Nationalstaaten prioritär bleiben.

Dennoch lassen sich auf der institutionellen Seite mit der Europäi-



schen Bürgerinitiative und der Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtscharta Fortschritte in Richtung einer Demokratisierung ausmachen. Die Einführung eines Präsidiums im Europäischen Ministerrat und die Anhebung der Kompetenzen der Hohen Räte für die Aussen- und Sicherheitspolitik stärkten die Regierungsstrukturen der EU. Übermächtig bleibt allerdings die Kommission, wobei ihre Durchsetzungskraft gegenüber den Nationalstaaten limitiert ist.

Vorgesehen waren überdies weitere EU-Neuaufnahmen im Balkan. Auch die Türkei, Moldawien, die Ukraine (Assoziierung 2014!) und sogar die Republik Belarus standen in der Diskussion, wohl wissend, dass Russland hier ein gewichtiges Wort mitredet und zurzeit faktisch entscheidet. Abseits bewegen sich Norwegen, die Schweiz, Island, Andorra, Monaco, San Marino und der Vatikanstaat in Westeuropa sowie Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, Albanien, Nordmazedonien in Südosteuropa. Verhandlungen wurden mit den meisten dieser Staaten geführt, der erreichte Status präsentiert sich jedoch sehr unterschiedlich. Damit sind heute nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs von den 47 europäischen Staaten 27 in der EU verbunden.

Beitrittsgesuche können jederzeit eingereicht werden und sind an die Einhaltung von Vorbedingungen geknüpft. Ein Beitritt bedarf der Zustimmung aller EU-Mitglieder. Die EU versucht, gut geregelte Beziehungen zu allen Staaten in Europa herzustellen. Doch das ist alles andere als einfach, wie sich am Beispiel der Austrittsverhandlungen mit Grossbritannien eindrücklich nachvollziehen lässt. Besonders konfliktträchtig sind zudem Kooperationen mit Osteuropa und der Türkei. Hinzu kommen illiberale Entwicklungen in Ungarn und Polen. Etwas beruhigt hat sich die Lage im Balkan. Der Aufstieg rechtspopulistischer Strömungen und Parteien lässt sich indessen überall beobachten. Er bildet wohl eine der grössten Bedrohungen in Europa und in der EU.

Die EU erweiterte sich in ihren ersten zwei Jahrzehnten also beträchtlich, die wirtschaftliche Integration nahm zu, doch eine Konvergenz stellte sich lediglich in Ansätzen ein. Vielmehr kann gesagt werden, dass Deutschland mit seiner Industriestruktur, seiner Exportstärke und der Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnforderungen die anderen Staaten konkurrenzmassig weit überflügelte und sich in der EU-Hierarchie an der obersten Stelle befindet.

Die EU und Europa seit der grossen Rezession

Die globale Finanzkrise (2007–2009) und die Eurokrise (2010–2012) hatten einen markanten Einbruch in der wirtschaftlichen Entwicklung zur Folge. Unter der Führung von Deutschland wurden den ökonomisch



schwächeren EU-Staaten, insbesondere den südeuropäischen, harte Austeritätsbedingungen auferlegt. Die einigermaßen erfolgreiche Entwicklung der EU geriet dennoch in grössere Turbulenzen, und die Führungsgremien waren unfähig, die massiven Differenzen hinsichtlich der Stützung des Euros auszuräumen. Damit bewegte sich die Gemeinschaftswährung auf den Abgrund zu. Beigelegt werden konnte diese Krise nur über die EZB unter Draghi, der völlig improvisiert versprach, er werde alles unternehmen, was nötig sei (»whatever it takes«), und der EZB würden dazu auch die Mittel zur Verfügung stehen. Damit liess sich die Eurokrise beenden. Dennoch mehrten sich die Stimmen, die beispielsweise von einem freien Fall oder sogar einem eigentlichen Zerfall der EU warnten oder darüber frohlockten. Auf jeden Fall aber nahm die Ungleichheit innerhalb und zwischen den Staaten zu. Dagegen formierte sich Widerstand, progressive soziale Bewegungen erlebten einen neuen Aufschwung und zogen teilweise sogar in Regierungen ein.

Die Bewältigung der Finanz- und Eurokrise band viele Kräfte. Eine ausgeprägte Stagnation dominierte, kombiniert mit einer Zunahme von Konflikten. Höchst problematisch und inakzeptabel war und ist dabei der Umgang mit der Migration, die in erster Linie von einer Rückweisungsstrategie dominiert wird. Da der Grossmachttraum der EU wenig Früchte brachte und Krisen weiter schwelten, werden Lösungen wieder vermehrt im nationalen Rahmen gesucht. Damit akzentuieren sich nationalistische Interessen und verbreitet sich opportunistisches Verhalten im Sinne von: Was nützt uns am meisten? Die Brexit-Abstimmung zeugt davon. Der Nationalstaat ist also keineswegs irrelevant geworden. Er sieht sich jedoch mit einem Verlust an Regulierungsmöglichkeiten konfrontiert, insbesondere wenn es sich um relativ kleine Staaten handelt. Von daher stellen sich Probleme einer neuen Staatlichkeit oder einer neuen Souveränität, was mit dem Europäischen Parlament als weltweit einzigem, direkt gewähltem supranationalen Organ erst in Ansätzen besteht.

Wo stehen Europa und die EU heute?

Bei Europa handelt es sich um einen Subkontinent mit einer Fläche von gut zehn Millionen Quadratkilometern und einer Bevölkerung von beinahe 750 Millionen Menschen. Die EU umfasst einen Wirtschaftsraum mit 447 Millionen Bewohner*innen und einer Fläche von rund 4.1 Millionen Quadratkilometern. Das Bruttoinlandprodukt lag 2019 bei knapp 14 Billionen Euro, ohne das Vereinigte Königreich bei knapp 11.5 Billionen Euro. Von 1970 bis 2017 haben sich die Weltanteile verschoben: Das BIP der USA am Welt-BIP reduzierte sich von 25.2 Prozent auf 21.8



Prozent, dasjenige der EU von 35.2 Prozent auf 23.5 Prozent und China steigerte seinen Anteil von 1.5 auf 12.7 Prozent. Pro Kopf waren es 2019 in den USA gut 65'000 Dollar, in der Eurozone knapp 35'000 Dollar, in Russland etwa 11'000 Dollar, in China lediglich 10'000 Dollar.⁵

Bei der militärischen Stärke sieht es nochmals anders aus: Hier liegen die USA an der Spitze, gefolgt von Russland, China und mit einigem Abstand der EU als Kumulation der Power-Indices ihrer Mitgliedstaaten. Damit sind geopolitische Rahmenbedingungen erwähnt, die sich dynamisch verändern. Für die EU als Global Player sind die Grenzen jedoch eng gesteckt, und mit dem Austritt von Grossbritannien verliert die EU deutlich an Gewicht.

Die EU konnte bislang zahlreiche strukturelle Probleme nicht bewältigen. Dabei steht die grosse Frage im Raum, ob es die europäischen Politikeliten schaffen, die Stagnation der letzten 15 Jahre zu überwinden. Reformen sind also unabdingbar, ohne sie treiben die europäischen Staaten weiter auseinander und vertiefen sich die gesellschaftlichen Spaltungen. Dennoch gleicht Europa kaum einer baufälligen Hütte, sondern eher einer Baustelle, der es an einem Fundament fehlt. Und ohne Fundament kann wohl auch kein Dach konstruiert werden. Überall kommt neoliberales Gedankengut zum Vorschein, doch seine Ausstrahlungskraft verblasst. Der Marktradikalismus ist allerdings keineswegs verschwunden, doch wird immerhin wieder stärker anerkannt, dass die Märkte sich nicht selbst regulieren können und mehr Probleme mit sich führen, als sie zu lösen imstande sind. Dies hat sich bei den Finanzmärkten besonders drastisch gezeigt.

Der EU fehlt es an demokratischen und finanziellen Ressourcen, sie ist überfordert, ihre Strukturen und Instrumente genügen in keiner Weise, um den vielen Krisen zu begegnen. Von daher ist verständlich, dass eine ganze Palette von Vorschlägen auf der politischen Agenda steht: Abbau, Rückbau, Abriss, Umbau oder Neubau sind Vorstellungen, die sich mit der Zukunft der EU in Europa verbinden. Sinnvoll wären radikale Reformen im Gefolge eines politischen Projektes, das sich jedoch erst noch herausbilden muss. Eines Projekts, das linke und progressive Kräfte vereint, die weder den Neoliberalismus verlängern noch imperialen Träumen nachhängen und sicherlich auch keine digitale Überwachungsgesellschaft mit staatlicher Individuenbewertung zulassen wollen. Damit sich wesentliche Integrationsfortschritte ergeben, müsste eine Politische Union erreicht werden, doch gleichzeitig ist das ›Wir-Gefühl‹ in Europa wenig ausgeprägt, hingegen immer wieder durch Renationalisierungstendenzen bedroht.

In den nachfolgenden Beiträgen werden Entwicklungen in Europa



und in der EU bilanziert, kritische Stellungnahmen eingebracht und Elemente einer radikalen Transformation vorgeschlagen. Der kritische Diskurs ist notwendig, und Auseinandersetzungen müssen vorangetrieben werden. Das Ziel wäre eine umfassende Demokratisierung und ein gutes Leben für alle. Ein schönes Ziel, doch zweifellos sehr vage.

Wie immer aber ist die historische Entwicklung kontingent und nicht einfach vorauszusagen. Entwicklungslinien sind indessen vorhanden, verschiedene Möglichkeiten absehbar und Beliebigkeit ist auszuschliessen. Der dissidente chinesische Künstler Ai Weiwei unterstrich kürzlich vehement, der Kapitalismus sei an sein Ende gelangt (El País, 5.4.20). Erfreulich wärs! Gleichzeitig befürchtet er aber auch, China könnte mächtiger werden als jedes andere Land (NZZ, 22.8.20). Zutreffen dürfte, dass sich die Dominanz des Westens reduziert.

Die Corona-Pandemie bewirkte eine klare Zäsur. Neue Ambivalenzen ergeben sich jedoch ebenfalls, denn neben der vollständig unverantwortlichen Verharmlosung wird Covid-19 auch benutzt, um irgendwelche autoritären Massnahmen zu begründen. Demgegenüber stehen neue Chancen, die eingehend zu diskutieren wären und die es zu nutzen gälte. Entwicklungen beschleunigen sich also, Blockaden lösen sich auf, bis anhin untergeordnete Vorschläge erhalten mehr Gewicht, und politische Positionen verschieben und reartikulieren sich. Es wäre falsch, all dies auf einen Punkt bringen zu wollen, denn damit würde die Komplexität in unzulässiger Weise auf einen Punkt eingeschrumpft.

Anmerkungen

- 1 Ventotene ist eine kleine italienische Insel, auf der antifaschistische Gefangene 1941 ein Manifest für ein freies und vereintes Europa verfassten. Vgl. dazu Beitrag Molina in diesem Buch.
- 2 1973 waren Irland, Grossbritannien und Dänemark beigetreten.
- 3 Norwegen lehnte den EG-Beitritt 1972 ab, und auch 1994 ergab sich keine Mehrheit für die EU-Mitgliedschaft.
- 4 Grossbritannien unterschrieb dieses Protokoll zunächst nicht.
- 5 Bundeszentrale für politische Bildung (<https://tinyurl.com/y62k2w82>) und [de.statista.com](https://www.de.statista.com).